Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia"
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer (Im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljährl.	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes.	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew.	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld.	0.30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estland	E.Kr.	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk	4.—	Fmk.	48.—
Frankreich . . .	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien ..	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir.	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 11
Sonntag, 27. August 1933

Bezugspreis im Quartal (Im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen	Kr.	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich . . .	Sch.	0.40	Schill.	4.80
Palästina	Mils	18.—	Mils	216.—
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24.—
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet . . .	F.Fr.	1.50	F. Fr.	18.—
Schweden	Kr.	0.35	Kr.	4.20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs.	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.96

Hitlers Außenpolitik steht Kopf

Endlich allein

Feig und schwach vor Großen — brutal gegen Kleine

In der Zeit, in der noch Sozialdemokraten in der deutschen Regierung saßen, schätzte man allgemein, daß bei einer freien Abstimmung über den Anschluß 95 bis 98 von Hundert aller erwachsenen Oesterreicher mit Ja stimmen würde. Damals war der Wille zu Deutschland zu kommen, im ganzen österreichischen Volke vorhanden, und es war die Gewalt der Entente, die dem Volke die Erfüllung seines Wunsches versagte. Seit aber Hitler am Ruder ist, haben sich die Dinge, wie überall so auch hier, völlig auf den Kopf gestellt: heute sind mindestens 75 von Hundert in Oesterreich leidenschaftlich gegen die Angliederung, und es ist das offizielle Deutschland von heute, das die heftig widerstrebenden Oesterreicher mit aller Gewalt in das Dritte Reich hineinprügeln will. Die ehemaligen Siegermächte dagegen haben — wenn auch gewiß nicht aus uneigennützigen Motiven — den Schutz Oesterreichs von den offenkundigen reichsdeutschen Vergewaltigungsabsichten übernommen. Sie schützen das Selbstbestimmungsrecht eines deutschen Volksteiles, sie schützen Deutsche gegen Deutsche, die ihnen ihre Freiheit nehmen wollen!

So herrlich weit hat es die deutsche Außenpolitik unter dem Hakenkreuz gebracht! Die Rollen sind vollständig vertauscht. Einst konnte Deutschland bei den Auslandsdeutschen moralische Eroberungen machen, seit Hitler regiert, hat das Auslandsdeutschtum so gut wie vollständig aufgehört, ein Aktivposten der deutschen Außenpolitik zu sein: Hitlerdeutschland hat nicht nur mit seiner stumpfsinnigen Brutalität Oesterreich von sich weggetrieben, es hat auch die moralische Einheit des deutschen Volkes, die Kulturgemeinschaft, die über die politischen Grenzen hinausreichte, gesprengt.

Das nennt sich national!

•

In den letzten Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses vor der Zerstörung des Reichstags durch Hiter, gab es gegen die dumme Unverschämtheit des Herrn Habicht eine Einheitsfront, die von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten reichte. Herr von Neurath, Außenminister des Schleicherkabinetts, stand mit dem Beauftragten, Adolf Hitler, in schwerer Mensur. Unter den führenden Beamten des Auswärtigen Amts gab es keinen, der die außenpolitischen Pläne der Nazi für etwas anderes hielt, als für einen ausgepichten und höchst gefährlichen Unsinn. Ein paar Monate später hat sich der sonst so umsichtige Diplomat von Neurath durch die Streiche der Frank II und Göbbels in einen sinnlosen deutschen Bruderkrieg hineinzerren lassen. Und die hohen Beamten, die doch wohl seit Hitlers Ankunft nicht den Verstand verloren haben, machen diensteifrig mit. Es ist ja nicht ihre Verantwortung, sie handeln nur auf Befehl! Es ist auch nicht ein einziger unter ihnen, der den Dienst quittiert, weil er sonst mit seinem Gewissen in Konflikt käme.

Auch das nennt sich national!

•

Der neue Weltkrieg, an dessen Zustandekommen jetzt in der Wilhelmstraße so eifrig gearbeitet wird, kann vielleicht noch verhindert werden, weil das Friedensbedürfnis der Völker riesengroß ist. Augenblicklich freilich gibt es keinen Nachbarstaat, zu dem Deutschland noch in normalen Beziehungen stände. Die Konflikte ringsum häufen sich, mehren sich und verschärfen sich. Seit Herr Dollfuß in London seinen Schiller zitiert hat:

> Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben,
> Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

seitdem ist dieses Zitat in alle europäischen Sprachen übersetzt worden. Dabei ergibt sich der seltsame Widerspruch, daß Hitler das slawische und das romanische Ausland viel besser behandelt als das germanische. Am besten ist — seit Pg. Rauschning in Danzig regiert — das Verhältnis zu Polen, am schlechtesten steht es mit den Beziehungen zum deutschen Oesterreich. Auch Frankreich bietet infolge seiner bekannten Zurückhaltung wenig Reibungsflächen. Dagegen ist man mit der Schweiz und den nordisch-germanischen Staaten vollständig übers Kreuz, weil der nationalsozialistische Annexionismus die Finger lüstern nach allen guten Dingen ausstreckt, die er nicht haben kann. Mit der Schweiz klagen Dänemark und Holland über eine nationalsozialistische Agitation, die sich gegen den territorialen Bestand ihrer Staaten richtet. Sie alle werden mit Gewalt in das Lager gedrängt, das im Fall eines neuen Krieges das feindliche sein wird.

Auch das nennt sich national!

•

Dabei bleibt der Respekt vor den Mächtigen draußen in der Welt wie immer unbegrenzt. Als England vor kurzem Protest erhob gegen die Absicht, deutschen Passagieren und deutschen Waren nur noch die Benützung deutscher Schiffe zu gestatten, beeilte man sich zu versichern, eine solche Absicht habe überhaupt nicht bestanden. Und als die Vereinigten Staaten Beschwerde führten wegen der Verprügelung eines amerikanischen Arztes in Berlin, der es verabsäumt hatte, eine Hakenkreuzfahne Unter den Linden mit dem „deutschen Gruß" zu ihren, da mußte der Berliner SA-Führer Ernst nicht nur eine öffentliche Erklärung erlassen, in der er das Verhalten seiner Leute verurteilte, sondern er mußte auch auf die amerikanische Botschaft gehen und sich entschuldigen.

Grund der deutschen Nachgiebigkeit war die amerikanische Drohung, man werde eine öffentliche Warnung vor dem Besuch Deutschlands erlassen, wenn die Gewalttaten gegen amerikanische Staatsbürger nicht aufhörten. Vor dieser Drohung knickte man zusammen.

Die Amerikaner behandeln das Dritte Reich wie einen Negerstaat, und die deutsche Regierung geht bereitwillig auf die ihr zugedachte Rolle ein. Die „revolutionäre" SA macht ihren Kotau vor dem amerikanischen Großkapital.

Zehntausende Deutscher sind grauenhaft mißhandelt, Tausende totgeschlagen worden. Wer entschuldigt sich bei den deutschen Frauen, denen man ihre Männer und ihre Söhne nimmt? Es ist immer wieder dasselbe: der Deutsche ist heute in Deutschland rechtlos, Rechte hat nur der Ausländer. Und diese Regierung, die ihre eigenen Staatsbürger wie Hunde behandelt, um sich dann selber vor dem Ausland wie ein Hund zu benehmen, diese Regierung zwingt ihre Presse zu schreiben, sie habe die Ehre des deutschen Volkes wieder hergestellt! Und die Herren Neurath, Bülow usw. dulden diesen außenpolitischen Karneval; sie tanzen mit, weil sie nicht ins Konzentrationslager kommen wollen. Sicher machen sie sich mitschuldig an der Katastrophe, die sich für ihre Augen wie für die unseren sichtbar vorbereitet!

Und das heißt national! Das heißt national!

Verraten und verkauft

Schutzhaft — statt Sozialisierung

Hugenberg galt den Nationalsozialisten als Großkapitalist, der Hitler hindere, seine sozialistischen Ziele durchzuführen. Sein Nachfolger aber wurde der Generaldirektor Dr. Schmitt, dessen Glaubensbekenntnis zum Kapitalismus noch inniger und dessen Feindschaft gegenüber sozialistischen Tendenzen noch stärker ist als bei Hugenberg. Schmitt und die zu ihm gehörenden Männer Schacht, Thyssen, Vögler, Krupp, aber auch der Wirtschaftsberater Hitlers, Ingenieur Keppler und der Brecher der Zinsknechtschaft, Herr Feder, bilden jetzt den Kreis der „Normalisierer". Sie wollen die normalen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft wieder herstellen.

Dazu gehört vor allem, daß der Einfluß der Arbeiter gebrochen wird. Im Staatsleben ist das geschehen. Nirgends vermag sich der Wille der unteren Volksschichten zu äußern, überall sind sie ausgeschaltet. Das gilt auch von dem Wirtschaftsleben, wo die Gewerkschaften zerstört, die Konsumgenossenschaften gleichgeschaltet, Schlichtungswesen, Arbeiterversicherung und Sozialrecht der Staatsmacht ausgeliefert worden sind. Als einzige Stelle, durch die Arbeiter ihre Interessen geltend machen können, erschien deshalb vielen die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, die NSBO.

Aber auch dieser Frühlingsglaube ist durch einen eisigen Reif zerstört. Um „Störungen in der Wirtschaft", besonders in den Kali-Werken Nordthüringens vorzubeugen, wurde der Kreisleiter der NSBO. in Sondershausen in Schutzhaft genommen. Dasselbe geschah den sämtlichen Vorsitzenden der NSBO. auf den Schiffswerften in Hamburg-Altona. Sie werden beschuldigt, „verbotene Eingriffe in das Wirtschaftsleben vorbereitet" zu haben. Dabei haben sie nichts anderes getan, als in einer Denkschrift die Sozialisierung der Werften zu fordern, die seit mehr als anderthalb Jahrzehnten nur noch existieren können, weil sie aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden.

Die offene „Gleichschaltung" der NSBO. und der „Arbeitsfront" unter die kapitalistische Vormundschaft wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Naziführer haben jeden Sozialismus an Thyssen verraten und verkauft!

Der andere Weg

Demokratie und Diktatur

Wie auf dem Kongreß der II. Internationale, so steht nach der Zertrümmerung der deutschen Demokratie die Frage Diktatur oder Demokratie namentlich für die deutschen Genossen im Vordergrund der politischen Diskussion. Wir geben hier einen Beitrag zu diesem Thema.

Jenes Werk von Weimar, das die junge deutsche Republik in schwerster Zeit vor Zerfall bewahrte, wurde von Betrügern überrumpelt, die sich als Verteidiger der Demokratie zur Macht empor logen. Diese Demokratie hat dem Proletariat manche sozialpolitische Tat beschert, hat in zehnjährigem Wirken der deutschen Republik in der Welt ebensoviel Ehre und Ansehen erobert, wie sie jetzt durch die braune Barbarei bei allen zivilisierten Nationen Unehre, Abscheu, Boykott und Feindschaft erntet; aber diese Demokratie erwies sich als unfähig, über das Verfallsstadium des Kapitalismus hinweg zu neuen Wirtschaftsformen em porzuführen, weil sie mitten im schwersten Existenzkampfe von Bürgertum, Kleinbürgertum und Teilen des Proletariats verlassen wurde. Aus diesen alten Tatsachen gilt es neue Konsequenzen zu ziehen.

Ueber den Wert der Demokratie soll nicht gestritten werden. Es gibt kein zivilisiertes Land, in dem das sozialistische Proletariat nicht seinen Kampf für die Demokratie durchgefochten hätte, denn sie ist die in der kapitalistischen Gesellschaft denkbar menschlichste, freiheitlichste Staatsform. Alle Widersprüche der bürgerlichen Ordnung finden in der Demokratie nicht nur stärksten Ausdruck und klarsten Widerhall, sondern auch wachsenden und organisierten Widerstand. Richtig angewandte Demokratie ist nicht nur Appell an Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit, sondern auch Mobilisierung antikapitalistischer Schichten gegen kapitalistische Ausbeutung und Mißwirtschaft. Dies schließt leider nicht aus, daß in wirren Zeiten antikapitalistische Massen von demagogischen, scheinrevolutionären Bewegungen zu gegenrevolutionären Zwecken mißbraucht werden können, wie wir das in Italien und Deutschland erlebt haben. Im Hintergrund stand das Großverdienertum aller Art und rieb sich die Hände, weil ihm die Demokratie mit ihrer Mobilisierung der Mittellosen auf die Dauer wirklich gefährlich wurde.

Und hier berühren wir die Grenzen der Demokratie. Sie verlaufen dort, wo es die Entwicklung notwendig macht, alte Besitzverhältnisse zugunsten der breiten Massen umzustoßen oder wo der Sozialimus eine wirkliche Macht und unmittelbare Gefahr für die Bourgeoisie zu werden beginnt.

Also ist es nicht möglich, die kapitalistische Wirtschaft mit demokratischen Mitteln umzugestalten? Möglich durchaus. Bei idealer, konsequenter Anwendung der Macht des Stimmzettels bleibt es für die breiten Massen denkbar, den Krisenbankrott des Großkapitalismus durch den Staatskapitalismus zu liquidieren. Ansätze dazu waren auch im demokratischen Deutschland vorhanden. Aber es hat sich gerade hier gezeigt, daß die Bourgeoisie in diesem Stadium der Entwicklung nicht nur auf alle liberalen Traditionen pfeift, sondern auch den brutalsten Ausweg wählt, nämlich die Rettung ihrer Herrschaft durch Faschismus.

In einem Lande aber, in dem die „freiste Verfassung der Welt" von den Wählern im Stich gelassen wurde, muß eine Rückkehr zur bürgerlichen Formaldemokratie sehr schwierig, wenn nicht

unmöglich erscheinen. Der Monopolkapitalismus hat die alten Formen des Wirtschaftsliberalismus längst gesprengt und damit den demokratischen Mutterboden des Bürgertums zerschlagen. Demokratie ist der Bourgeoisie ein fremder und gefährlicher Begriff geworden. Das sozialistische Proletariat Deutschlands hat darum und nach diesen Erfahrungen den Glauben an die bürgerliche Demokratie verloren. Es strebt zu neuem Land mit neuen Parolen. Und wie sind die Perspektiven?

Der Zusammenbruch des Faschismus wird in nicht zu ferner Zeit unabwendbar sein, weil er ohne sozialistische Mittel und Wege aus dem kapitalistischen Weltbankrott und seinen Widersprüchen nicht herauskommt. Flüchtet sich die braune Barbarei in eine monarchistische Restauration, so wird selbst ein Hohenzollernthron das Ende der hakenkreuzlerischen Selbstherrschaft sein, denn das Hakenkreuz würde die Herrschaft mit Thron, Generälen, Junkern und Großkapitalisten teilen müssen, und dieser Konkurrenzkampf geht ohne Buhlen um die Volksgunst nicht ab. Solche Gegensätze aber haben bisher noch immer neue Volksrechte, neue politische Bewegungsmöglichkeiten geboren. Wenn das Proletariat aus der Traufe der Despotie nicht in den Regen eines neuen Halbabsolutismus geraten will, muß es jede neue Halbfreiheit benützen, um die ganze zu erobern. Niemand nimmt dem Proletariat den Kampf um den Sozialismus ab, und selbst bescheidene Ansätze zu neuen Wirtschaftsformen sind nach den bisherigen politischen Proben des deutschen Bürgertums ohne diktatorische Eingriffe nicht durchzusetzen. Das ist im Laufe seines Regimes auch Herrn Brüning klargeworden.

Gibt es jedoch keine bürgerliche Revidierung der braunen Barbarei, führt die Entwicklung zum offenen Kampfe der unterdrückten Massen gegen den braunen Cäsarismus, siegen sie in einer kommenden Revolution, so wird diese klare, sozialistische Parolen haben, die eine Rückkehr nach Weimar nicht gestatten. Denn eine sozialistische Revolution müßte mehr nachholen, als 1918 verpaßt wurde, müßte die wirtschaftliche Uebermacht des Kraut- und Schlotjunkertums beseitigen, um sich zu behaupten, müßte Verwaltung, Wehrsystem, Justiz, Polizei etc. völlig und sozialistisch umgestalten, um die sozialistische Demokratie vorzubereiten und aus der politischen Gleichberechtigung *auch die wirtschaftliche erstehen zu lassen.* Glaubt jemand, daß dies ohne diktatorische Eingriffe möglich ist? Mag man das nun periodische Diktatur des Proletariats, außenparlamentarische Maßnahmen, revolutionäre Demokratie oder sonstwie nennen — die Rückeroberung der staatsbürgerlichen Freiheit von ehedem kann dem sozialistischen Proletariat Deutschlands angesichts der revolutionären Aufgaben, vor denen die Massen stehen, als Kampfparole nicht mehr genügen. An diesen Tatsachen läßt sich nicht rütteln.

Anders liegt es für jene Länder, die sich der politischen Menschenrechte noch erfreuen. Hier hat der Kampf für Demokratie noch seinen historischen Sinn, so lange die Chance besteht und der Glaube gerechtfertigt ist, mit parlamentarischen Mitteln und einer parlamentarisch kontrollierten Staatsführung die Krisennot zu lindern, neue Kriegsgefahren zu bannen und das Bürgertum auf den Weg zum Staatskapitalismus, der Vorstufe sozialistischer Wirtschaft, zu drängen. Und das denkfähige Bürgertum in diesen Ländern sollte — von den Geboten der Menschlichkeit ganz abgesehen — aus dem Dilemma des deutschen Bürgers lernen, der heute zwischen zwei Feuern steht: der bestialischen braunen Barbarei und der wachsenden, blutigen Rache- und Vergeltungswut unterdrückter Massen, die 1918 die unblutigste, menschlichste Umwälzung vollzogen und denen der Faschismus jeglichen Glauben an Menschlichkeit und Menschenrechte verhöhnt, gemordet, zerprügelt hat.

B. Br.

Erpresser

Der für den Arbeiter-Turn- und Sportbund eingesetzte „Treuhänder" Wiebols, Leipzig, verlangt jetzt von den aufgelösten Vereinen die Bezahlung der **Bundesbeiträge** für das zweite Vierteljahr: Er macht die früheren Funktionäre für die Bezahlung verantwortlich. Dieser Herr nennt sich „Rechts"anwalt. Nach seinen eigenen Mitteilungen hat er bereits 14.000 Mark von den aufgelösten Vereinen erpreßt.

Das Weltgewissen

Die II. Internationale gegen die braune Bestialität — für die sozialistische Revolution. — Die Sozialisten aller Länder lehnen Erleichterungen für Deutschland ab

„Eine Revision der Verträge müssen wir einem Hitlerdeutschland verweigern."

Der engl. Delegierte Dalton.

Aus Paris wird uns berichtet:

Die Verhandlungen des Kongresses der II. Internationale sind zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht abgeschlossen, aber man darf nach dem jetzigen Verlaufe der Debatten bereits sagen, daß sich diese sozialistische Konferenz von den früheren durch den Willen zu unverschleierter Kritik unterscheidet. Im Mittelpunkt stehen die Lehren des letzten Jahres, die Fragen veränderter Taktik. Alle Redner setzten sich scharf mit dem neudeutschen Hunnentum auseinander. Vandervelde spricht von den

„tollen Hunden Europas"

die man außerhalb des für Menschen geltenden Rechtes stellen solle. Dalton, der Sprecher der englischen Partei, stellte fest: Die Verachtung, die das ganze Hitlerregime in ganz England finde, sei unvorstellbar groß. Auch er forderte, wie andere, Boykott der deutschen Waren. Die geheimen Rüstungen Deutschlands gehörten vor den Völkerbund.

Es war vorauszusehen, daß die Frage Demokratie oder Diktatur unter neuen Gesichtspunkten behandelt werden mußte, auch in diesem Falle setzten sich die meisten Redner für neue Formulierungen ein. Friedrich Adler betonte den Wert der Demokratie, aber in den Ländern wo sie unterlegen ist, müsse das Proletariat zu

revolutionären Mitteln

greifen. Die Revolution gegen das Hitlertum in Deutschland könne nur eine sozialistische Revolution sein, nicht eine Wiederherstellung von Weimar.

Otto Wels setzte sich mit der an der deutschen Sozialdemokratie geübten Kritik auseinander: Wir sagen selbst, daß von uns Fehler gemacht worden sind, aber man müsse auch feststellen, daß im Kampfe des demokratischen Deutschlands gegen die Härten des Versailler-Vertrages ganz Europa und auch die Internationale versagt habe. Wels schloß mit einem wuchtigen Bekenntnis zu dem heroischen Kampfe, den die besten unserer Anhänger in Hitlerdeutschland gegenwärtig zu durchleiden haben.

Der rechte Flügel des französischen Sozialismus, der mehr Berücksichtigung nationaler Stimmungen fordert, hatte keinen leichten Stand. Die überwiegende Mehrheit des Kongresses war für stärkere Betonung der internationalen Interessen aller Völker, und stellte sich damit auf den Boden der Ausführungen Leon Blums.

Da der Kampf gegen den Faschismus die Zusammenfassung aller sozialistischen und proletarischen Kräfte verlangt, beschäftigte sich die Debatte mehrfach mit

der wirren Taktik der Kommunisten.

Alle Redner waren sich darin einig, daß die kommunistische Spaltermethoden eine Begünstigung der faschistischen Bewegung sind und bleiben. Gerade darum muß immer wieder versucht werden, *zu einer wahren proletarischen* Einheitsfront gegen den Faschismus zu gelangen. Pietro Nenni berührte einen Punkt, den auch jeder ehrliche kommunistische Arbeiter als peinlich empfindet, als er ausrief:

> Ist es möglich, daß man in **Moskau**, wo man **Freundschaftsverträge** mit dem Polen Pilsudskis und dem Italien Mussolinis, **keine Freundschaftsverträge mit dem sozialistischen Proletariat schließen will?**

Gleichzeitig stellte der italienische Genosse den Antrag, die Sozialistische Arbeiter-Internationale solle die Kommunistische Internationale zu einer Konferenz zwecks Besprechung der Möglichkeiten einer gemeinsamen Aktion einladen. Auch Leon Blum unterstützte diesen Antrag und wünschte eine baldige Vereinigung zwischen der II. und III. Internationale. Die Zwischenrufe von verschiedenen Bänken ließen keinen Zweifel darüber, daß man solchen schönen Wunsch leider heute noch

als schöne Illusion

betrachten müsse. Der elsässische Abgeordnete Grumbach verwies auf den Straßburger Streik bei dem die Kommunisten ihr altes Doppelspiel gegen die Sozialdemokraten spielten. Genosse Aufhäuser äußerte ebenfalls seine Zweifel bezüglich eines Entgegenkommens irgend einer kommunistischen Instanz. Die Einheit der Front werde sich durch die **Notwendigkeiten des Kampfes** herausbilden müssen.

Der Verlauf der Debatte bewies vor allem den **unbrechbaren Kampfeswillen der Sozialdemokraten aller Länder.** Ein Willenszentrum zur Ueberwindung des Faschismus ist entstanden. Rückblicke auf das letzte Jahr zeigen auch, daß der internationale Faschismus nicht nur Erfolge, sondern auch schwere Mißerfolge und Rückschläge zu buchen hat. Unsere spanischen Genossen eroberten die demokratische Republik und hielten sie bisher gegen alle konterrevolutionären Putschversuche. Unsere finnischen Genossen haben den Faschismus zurückgeschlagen und in ganz West- und Nordwest-Europa gibt es keine Diktatur und wird es auch keine geben, wie Dalton mit Recht betonte.

Der Pariser sozialistische Kongreß wird dem internationalen Kampfe gegen Bestialität und reaktionäres Cäsarentum neue Impulse, neue Antriebe geben, und wird mit seinem kämpferischen Appell lauten Widerhall in den Herzen aller sozialistischen Proletarier, aller freiheitlichen Menschen der Welt finden.

Herzlich willkommen!

Fremdenwerbung im Dritten Reich

„Germany wants to see you!" (Deutschland wünscht sie zu sehen), so liest mans im Ausland auf bunten, einladenden Plakaten; und im III. Reich geschieht alles, um Fremden den Aufenthalt im Land des braunen Schreckens zu versüßen. Da kommts mit einem Male nicht mehr auf die Rasse — nur noch auf die Kasse an, und auch jüdisches Geld stinkt nicht, man muß es nur haben.

Ein Jude aus der Tschechoslowakei fragte beim Leipziger Messeamt an, ob er zur Herbstmesse gefahrlos nach Deutschland reisen könne. Die Antwort (sie liegt uns im Original vor) ist: eine einzige Geste der Zärtlichkeit!

> „Wir werden Sie herzlich willkommen heißen ... Es spielt durchaus keine Rolle, daß Sie Jude sind ... In Leipzig ist jeder Ausländer, ganz gleich welchen Glaubens, welcher Rasse und welcher Nation er auch sei, willkommen ... Können Ihnen auf das bestimmteste versichern, daß Sie den Schutz der sämtlichen deutschen Behörden genießen werden ... Dabei ist gleichzeitig die Bevölkerung darauf hingewiesen worden, daß jeder Ausländer ohne Unterschied der Nation, des Glaubens und der Rasse hier willkommen und auf das zuvorkommendste zu behandeln ist."

Denn die neudeutsche Ehre gebietet, daß in Deutschland nur deutsche Volksgenossen mißhandelt werden dürfen. Aber manchmal geschieht es versehentlich, daß Ausländer mit Einheimischen verwechselt werden — solche Fälle landen dann gewöhnlich vor den zuständigen Konsulaten und enden mit einer „Genugtuung" der deutschen Regierung.

Der amerikanische Arzt Mr. Daniel Mulvilhill z. B., der es vor einigen Tagen verabsäumte, den rechten Arm emporzurecken, als während einer Aufnahme zum Horst-Wesel-Film eine SA-Kolonne durchs Brandenburger Tor zu Berlin marschierte, wurde von einem Braunhemd heftig ins Gesicht geschlagen. Das amerikanische Konsulat ließ daraufhin ziemlich deutlich durchblicken, daß solche Spässe üble Folgen für den deutschen Fremdenverkehr haben könnten. Man werde in Washington dazu übergehen müssen, Deutschlandreisende zu warnen. Sofort beeilte sich die Hitler-Regierung, den schlagfertigen SA-Mann festnehmen und ihn der ordentlichen Polizei übergeben zu lassen.

Vor dem III. Reich nannten die Nazis weit geringere Konzessionen an Ausländer „feige Kriecherei" und „undeutsche Katzbuckelei". Uebrigens haben es die braunen Prügelhelden nicht leicht, das muß man sagen. Sie haben ja nicht nur die Erlaubnis, sondern den höheren Befehl erhalten, Leute, die den Hitlergruß auf der Straße verweigern- „an Ort und Stelle zu bestrafen" — das heißt zu mißhandeln. Sollen sie es ihren Opfern vielleicht an der Nasenspitze ansehen, ob es Ausländer sind? Oder sollen sie, bevor sie losschlagen, die Mütze ziehen und höflich fragen: „Verzeihn Sie, eh ich Ihnen das Nasenbein breche — sind Sie vielleicht ein Fremder?"

Die Schönfärberei hat wenig Zweck. Die ausländischen Gäste haben ja Augen, zu sehen, und Ohren, zu hören. Sie merken sehr bald, was in Deutschland los ist. Ja, gelegentlich ereignet sich sogar der beschämende Fall, daß Reisende gegen die deutsche Schmach protestieren. In Nürnberg wurde vorige Woche ein 19jähriges **Mädchen**, das mit einem Juden gesehen worden war, auf's widerlichste gefoltert. Braune Lümmels hingen ihr ein Schild um den Hals: „Ich habe mich mit einem Juden eingelassen", schleppten sie durch die Straßen und durch alle Kabaretts. Eine englische Touristengesellschaft, die Zeuge dieser Scheußlichkeit wurde, richtete an die Nürnberger Stadtverwaltung einen empörten Brief: „... sie hielte es für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß solche Vorfälle unweigerlich den Abscheu aller fremden Besucher erregen müßten". Daraufhin unterblieb eine ähnliche Exekution, die bereits geplant war.

Die braunen Herren schwindeln und heucheln vor dem Ausland nach Kräften — aber es nützt ihnen nichts. Die ganze Welt sieht Deutschlands Schmach und wendet sich schaudernd von einem Lande ab, in dem Sadismus, Blutrausch und Irrsinn regieren.

„Teuflische Freude"

Weltekel vor Erpressermoral.

In der amtlichen Meldung über die Freilassung der Geiseln für Scheidemann konnte Herr Göring es nicht unterlassen, in verlogener Weise sich zu rühmen, daß seine vortrefflichen Maßnahmen Scheidemann zu einem Widerruf gezwungen hätten. Für diese Selbstzufriedenheit eines Erpressers hat die Welt wenig Sympathie. Das christliche Tageblatt „Der Amsterdammer", Organ der antirevolutionären Partei, also sicher keiner Sympathien für Marxisten verdächtig, schreibt dazu:

> ... Soweit der amtliche Preußische Pressedienst. Ob sich das wirklich alles so verhält, *können wir nicht kontrollieren.* Aber es erscheine durchaus möglich und menschlich, daß Scheidemann — falls überhaupt seinen Artikel abgeschworen hätte, um seine Familie aus dem Gefängnis zu retten. Dagegen ist sicher, daß die Nazis mit einer geradezu teuflischen Freude (met een duivelsche vreugde) sich dieses Erfolges ihres Geiselsystems rühmen und es bei passender Gelegenheit wiederum anwenden wollen.

Der ebensoweit rechtsstehende „Standaard" fragt, ob man denn nun Scheidemann wenigstens seine kleine Altersrente auszahlen würde. So naiv denkt man im Ausland noch teilweise über die „Rechtszustände" des Dritten Reiches.

„Deutscher Sozialismus"

Im „Berliner Tageblatt" schleimt sich der Naziredakteur Erich Haeuber über den Begriff „deutscher Sozialismus" aus,

> „Im Wirtschaftsleben ist bereits klargestellt worden, daß der deutsche Sozialismus im schärfsten Kampf sowohl gegen jeden Liberalismus wie auch gegen jeden Kollektivismus besteht; daß er nicht die Verwirklichung irgend einer menschenbeglückenden Doktrin erstrebt (!), sondern den deutschen Menschen will; und daß er deshalb die natürlichen Ungleichheiten und eine Ordnung in Stufen und Rängen anerkennt ... Seine Ordnung gründet sich auf die freiwillige Unterordnung des einzelnen (?) und auf die Führung durch eine soziale Aristokratie (!)"

Preisfrage: Wodurch unterscheidet sich diese Definition des „deutschen Sozialismus" von dem des absolutistischen Ständestaats des 17. und 18. Jahrhunderts? Und wie verblödet muß der „deutsche Mensch" sein, um in diesem hochtrabenden Gewäsch eines politischen Analphabeten auch nur eine Spur von „Sozialismus" zu entdecken?

Das Schwein als Vorbild

Der Reichsminister Walter Darré, berühmt durch seine Bücher über die Zucht der Menschen im Dritten Reich, hat ein neues Buch verfaßt. Es trägt den Titel: „Das Schwein als Kriterium für nordische Völker und Semiten."

Brandfackeln um Deutschland

Nationalsozialistische Wühlarbeit in Schweden, Holland und der Schweiz

Die Kraftprobe mit Oesterreich — Hitler-Görings Rüstungswahnsinn

Die nachstehenden Tatsachen sind Illustrationen zu den außenpolitischen Betrachtungen auf der ersten Seite unseres Blattes.

Die Lorbeeren, die Herr Göring bei der Reichstagsbrandstiftung eingeheimst hat, lassen ihn nicht schlafen. Er überträgt die Methoden seiner inneren Politik auch auf die äußere. Nominell untersteht freilich die deutsche Außenpolitik noch immer Herrn v. Neurath. In Wirklichkeit jedoch diktiert hier neben Alfred Rosenberg, dem Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, der prominenteste der nationalsozialistischen Brandstifter, Hermann Göring. Sein neuester Vorstoß richtet sich gegen Schweden, dem schon zu der Zeit, als er Provisionsreisender für Luftfahrzeuge und Insasse von Irrenhäusern war, seine stille Liebe galt. Nach einer Meldung aus Stockholm hat vor einigen Tagen der Stockholmer Tierarzt Furugard, ein Führer der schwedischen Nazis, alle seine Aemter und Funktionen niedergelegt.

In einer sensationellen Mitteilung erklärte er, Göring habe mit ihm in Berlin Verhandlungen gepflogen, habe ihm hohe Subventionsgelder in Aussicht gestellt, wenn die schwedischen Nazis sich verpflichten, die nördlichen Provinzen des schwedischen Reiches an Nazi-Deutschland abzutreten, sobald die schwedischen Nazis zur Macht gelangten.

Diese Zumutung erschien dem schwedischen Nazi-Häuptling mit Recht derart ungeheuerlich, daß er sich von der ganzen Bewegung lossagte, und man kann sich denken, wie seine Veröffentlichung in Schweden eingeschlagen hat. Die Stockholmer Regierung will eine Untersuchung in der Angelegenheit einleiten.

•

In Holland richtet die nationalsozialistische Propaganda ihren Hauptangriff gegen die Provinz Groningen im Norden und die Provinz Limburg im Süden. In Groningen sind es die deutschen Agenten Burghard, Hannemann, Koster u. a., die den Boden für einen deutschen Vorstoß vorbereiten. Wer diese Stadt mit der dazu gehörigen Provinz in der Hand hat, kann den ganzen Norden des Landes vom Zentrum desselben abschneiden. Im Süden richtet sich der Vorstoß insbesondere gegen die Provinz Süd-Limburg, den schmalen zwischen Belgien und Deutschland (bei Aachen) hineingeschobenen Zipfel, der die Kohlenschätze Hollands enthält. Unter den hier tätigen zirka 25.000 deutschen Bergarbeitern wird eine lebhafte nationalsozialistische Agitation getrieben. Nach Angabe des im Juli d. J. aus Holland ausgewiesenen Nazigauleiters Tykfer soll sich die Zahl der organisierten Nazis hier bereits auf 8000 belaufen. Die deutschen Agenten arbeiten eng mit holländischen Nationalsozialisten zusammen, die finanziell von ihnen unterstützt werden. Offen wird das Ziel verkündet, das Limburger Kohlenrevier im Falle eines Krieges zu annektieren und vom Norden wie vom Süden her Holland in die Zange zu nehmen. In holländischen Kreisen fürchtet man, daß im nächsten Weltkriege Holland an deutscher Seite die Rolle Belgiens von 1914 zugedacht sei — jedenfalls hat die nationalsozialistische Agitation hier eine starke Nervosität erzeugt.

•

Die verheerenden Wirkungen der annektionistischen Auslandspropaganda der Nationalsozialisten machen sich auch in die Schweiz bemerkbar. Notgedrungen nimmt dort jetzt auch die bürgerliche Presse Stellung gegen den braunen Imperialismus.

Den Höhepunkt hat die Wühlarbeit Nazideutschlands in Oesterreich erreicht. Nachdem schon seit Monaten ein wütender Kampf von deutscher Seite gegen die ihre Selbständigkeit verteidigende österreichische Republik geführt wurde, sah sich die Regierung Dollfuß gezwungen, die Dokumente über die geheime Wühlarbeit der deutschen Regierung und ihrer Agenten in der „Reichspost" zu veröffentlichen. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß die deutsche Gesandtschaft in Wien die Nachrichten zwischen der Wiener Geheimzentrale der Nazi und dem Berliner Naziamt vermittelt hat, weiter: daß in Deutschland eine aus geflüchteten Oesterreichern gebildete Wehrformation, die „Oesterreichische Legion" aufgestellt und ausgerüstet wird, deren Aufgabe es sein soll, Oesterreich zu „erobern".

Alle diese Tatsachen beweisen: Die Regierung Hitler hat unter Bruch ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen alle Vorbereitungen getroffen, um Oesterreich gegen den Willen von mehr als zwei Drittel seiner Bevölkerung mit Gewalt ihrem Willen zu unterwerfen. Dieser Vorstoß gegen Oesterreich, der mit einem Schlage alle Probleme Mittel- und Südosteuropas aufrollt, ist zugleich ein Vorstoß gegen den Frieden Europas. Kein Wunder, daß er die größte Erregung in allen Ländern hervorgerufen und mehr als alle bisherigen Provokationen der Naziregierung dazu beigetragen hat, daß alle maßgebenden europäischen Mächte dem völlig isolierten Deutschland entgegentreten.

•

Für die Hitler-Regierung bedeutet dieser Kampf um Oesterreich eine Kraftprobe bei der es vor ihren Anhängern um ihr ganzes Ansehen geht. Deshalb ist es töricht zu glauben, daß sie vor papierenen Protesten zurückweichen und ihre Ziele preisgeben wird. Zunächst versucht sie allerdings, durch Fälschung offizieller Berichte über die Verhandlungen mit den Mächten sowie durch Unterdrückung des österreichischen Anklagematerials das deutsche Volk über den wahren Sachverhalt zu täuschen und gleichzeitig durch freche Ableugnungen vor den übrigen Mächten die Entscheidung hinauszuziehen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie damit nur Zeit gewinnen will, um die fieberhaft betriebene Aufrüstung Deutschlands fortsetzen zu können. Es würde zu weit führen, wollte man hier alle diesbezüglichen Angaben anführen. Es sei hier bloß auf einige besonders charakteristische Tatsachen hingewiesen:

Laut Angaben der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" ist in den ersten 6 Monaten 1933 ganz beträchtlich mehr Eisen nach Deutschland eingeführt worden als in allen 12 Monaten 1932 zusammen. Im Monatsdurchschnitt hat sich der Verbrauch mehr als verdreifacht. Auch die Einfuhr von Eisenerzen, die in deutschen Hochöfen verhüttet werden, hat sich in derselben Zeit im Monatsdurchschnitt um ein Viertel gesteigert. Noch bemerkenswerter ist die ab Mai d. J. einsetzende außerordentliche Steigerung der Kupfereinfuhr. Angesichts der andauernden schlechten Geschäftslage der Maschinenbauindustrie gibt es für die rapide Einfuhrsteigerung von Eisen, Eisenerzen und Kupfer nur eine Erklärung: diese wichtigen Rohstoffe werden für die mit Hochdruck arbeitende Rüstungsindustrie verwendet.

Dies wird in einem Bericht des „Völkischen Beobachters" vom 13. August aus Essen unumwunden zugegeben. Danach hat die Firma Krupp bis Mitte Mai Aufträge in Höhe von 5.6 Millionen und jetzt weitere Aufträge in Höhe von 4.5 Millionen vergeben.

Widerstand gegen den Rüstungswahnsinn ist im „totalen Staat" der Hitler, Göring, Goebbels und Heines zur Zeit unmöglich. Die Lawine rollt. Die Herrschenden brauchen eine Ablenkung nach außen, aus der Werkstatt routinierter Brandstifter stieben Funken nach allen Seiten hin, die eine Welt in Brand zu setzen drohen…

Die Schweiz wehrt sich

gegen den pangermanischen Mythos — für Oesterreichs Unabhängigkeit

Wie alle anderen Nachbarstaaten, so beunruhigt der Hitlerismus auch die Schweiz, obwohl das Bürgertum der Schweiz die Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterschaft nicht ohne Sympathie verfolgte. Durch Ansteckung von Süden und Norden her entwickelten sich im Lande Tells sogar mehrere Bünde, die Mussolini oder Hitler nachäffen. Sie nennen sich „Fronten" und stehen vorläufig noch in einem ziemlich scharfen Konkurrenzkampf gegeneinander.

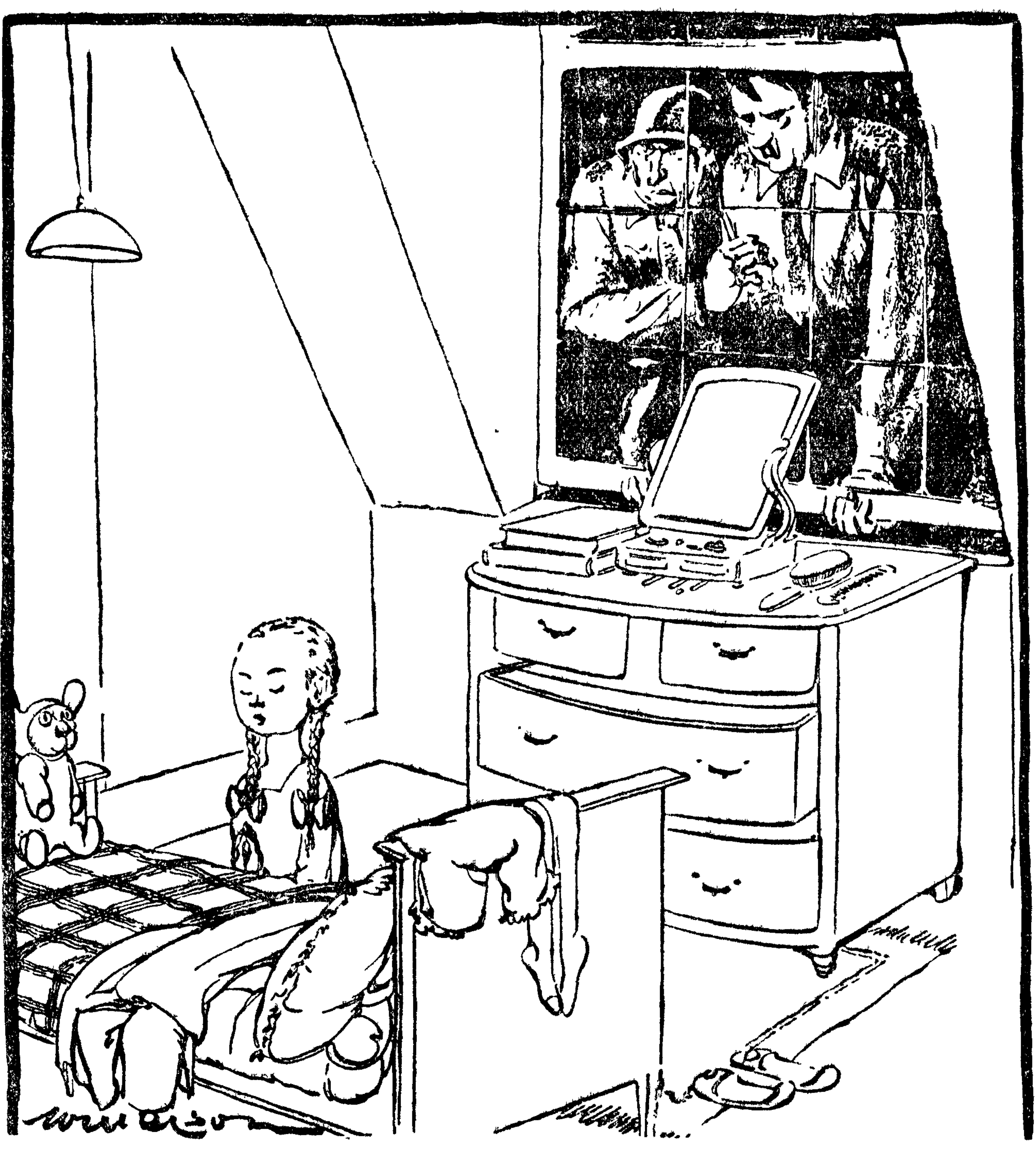
Inzwischen hat der Hitlerismus in Deutschland die Demokratie mit samt den bürgerlichen Parteien abgewürgt und die schweizerischen „Fronten" sind gezwungen, ein paar Pflöcke zurückzustecken, wenn sie von diesem Beispiel nicht erschlagen werden wollen. Sie unterstreichen deshalb die Demokratie, aber das Unbehagen der liberalen Schweizer Parteien bleibt und wird verstärkt durch die Versuche der deutschen Nationalsozialisten, in Deutschland schweizerische Hakenkreuztrupps zu organisieren und solche Zellen auch in der Schweiz zu bilden. Bei dieser Agitation der Hakenkreuzler unter den Schweizern werden die Eidgenossen sozusagen als Deutsche reklamiert, die eigentlich nur infolge eines geschichtlichen Versehens ein eigenes Reich gegründet haben. „Die deutsche Schweiz kommt bald wieder zum Reich! Sieg Heil!" — so ähnlich äußern sich der „Völkische Beobachter" und andere Nazi-Blätter. Selbst die „Neue Züricher Zeitung" sieht sich nunmehr genötigt, gegen dieses Treiben mobil zu machen. Sie schreibt in einem Artikel:

> Der pangermanistische Mythos hat nichts innerhalb unserer Grenzen zu suchen, die wir während des Weltkrieges zu beschützen gewußt haben und die wir heute, wie wir mit Conrad Falke sagen können, „mit einer levée en masse des schweizerischen Geistes" verteidigen werden. Wir wünschen, daß man sich innerhalb des Reiches darüber Rechenschaft ablegt über die beunruhigende und verhängnisvolle Wirkung der ganzen Kampagne und daß man mit diesen Erklärungen aufhöre, die den normalen Beziehungen der beiden benachbarten Staaten nur schaden können.

Noch schärfer gehen die französischen Blätter der Schweiz gegen das braune Treiben vor.

Der reaktionäre Teil der Schweizer Bourgeoisie ist mitschuldig an den Verwirrungen, die der Faschismus jetzt auch in das Land der Kantone und der traditionellen bürgerlichen Freiheit trägt. Die Folge dieser Wirren werden ein verstärktes Rüsten und Abwehrmaßnahmen an der Grenze sein. Ein Kranz von Bajonetten rings um Deutschland und gegen die deutschen Grenzen gerichtet, das ist der einzige außenpolitische Erfolg, den Hitler bisher erzielt hat.

Die Angst vorm Gedanken



„Um Gotteswillen Adolf, was mag die beten!

Aus „Daily Herald"

Der Freiheit-Gruß

Sieben Monate Gefängnis.

Die heutigen Machthaber Deutschlands möchten der Welt vortäuschen, das ganze deutsche Volk sei voller Begeisterung über ihre Herrschaft. Nur selten darf die gleichgeschaltete Presse Mitteilungen veröffentlichen, die diesen Eindruck stören. So konnte man kürzlich folgenden Bericht lesen:

> „Vor dem Schnellgericht hatte sich wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" der 23jährige Schriftsetzer Wilhelm Kluge zu verantworten. Kluge, der früher Mitglied des Gauvorstandes des Reichsbanners war, hatte in besonders pietätloser Weise gegen den neuen Staat demonstriert. Bei der Einäscherung eines seiner früheren Reichsbannerkameraden im Krematorium in der Gerichtsstraße drängte sich plötzlich der Angeklagte durch die Menschenmenge nach vorn, stellte sich dicht vor dem Sarge auf und hob mit geballter Faust den rechten Arm hoch, um damit den beim Reichsbanner üblich gewesenen Gruß zu demonstrieren. Ein Beamter des Geheimen Staatspolizeiamtes hatte dies beobachtet und Kluge aufgefordert, den Arm herunterzunehmen. Dieser verharrte jedoch in der demonstrativen Stellung und wurde deshalb unmittelbar nach der Totenfeier festgenommen. Die Beweisaufnahme ergab, daß Kluge nicht einer unwillkürlichen Eingebung gefolgt war, als er die Faust erhob — was unter den gegebenen Umständen vielleicht nicht so schwer genommen worden wäre —, sondern daß er längere Zeit, bis zum Abschluß der Totenfeier, in deutlich demonstrativer Absicht die Faust oben behalten hatte.
>
> Das Schnellgericht erblickte in diesem Verhalten den deutlich erkennbaren Willen zur Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und verurteilte Kluge zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten. Außerdem wurde gegen den Verurteilten ein Haftbefehl erlassen.

Wieviel Angst muß doch das herrschende Regime haben, — trotzdem ihm hunderttausende schwerbewaffnete Söldner, Reichswehr, Polizei, Justiz und Verwaltung zur Verfügung stehen, — wenn es die Ueberzeugungstreue und die kameradschaftliche Gesinnung zu einem Verstorbenen für so gefährlich hält, daß es ihre friedliche Bekundung mit einer langen Gefängnisstrafe ahndet!

Arbeitslose sollen hungern

Gefälschte Ziffern

Während Hitler triumphierend verkündet, die erste Etappe des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit habe bereits zwei Millionen Menschen Arbeit gebracht, bezeichnete der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt mit einer deutlichen Spitze gegen diese nationalsozialistischen Uebertreibungen „jeden falschen Optimismus als den Anfang eines Rückschlags". Dieser erfahrene Kapitalist, den Hitler die unumschränkte Führung der deutschen Wirtschaft ausgeliefert hat, weiß, daß weder die Saisonbelebung, noch die Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln, am allerwenigsten aber Aenderungen in der Zählungsmethode der Arbeitslosen das geringste mit einer wirklichen Belebung der Wirtschaft und einer dauernden Ueberwindung der Arbeitslosigkeit zu tun haben.

Zweifellos sind in den letzten Wochen Arbeitslose von der Stempelstelle an Arbeitsplätze gebracht worden. Soweit das nicht unter dem Einfluß der sommerlichen Jahreszeit oder durch die Gewährung von öffentlichen Mitteln geschehen ist, ist es die Folge von Methoden, die in kurzer Zeit Schiffbruch erleiden werden. Im kapitalistischen Wirtschaftsleben werden Arbeitskräfte nur beschäftigt, wenn der Unternehmer durch sie Profit erzielen kann. Arbeitskräfte, die ihm durch Zwang aufgenötigt werden, vermindern die Rentabilität seines Betriebes, sie werden in kurzer Zeit wieder ausgeschieden. Die Methoden, mit denen man z. B. Ostpreußen von der Arbeitslosigkeit bereinigt hat, sind nichts anderes als Erpresserpolitik gegenüber den Unternehmern und Zwangsarbeit gegenüber den Arbeitern. Beides aber ist nur von kurzer Dauer und nur ein Beweis für das wirtschaftliche Unvermögen der Nationalsozialisten im Kampfe gegen das Elend der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Immerhin ist es wichtig, sich die amtlichen Zahlen über die unterstützten Arbeitslosen zu vergegenwärtigen. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ist vom 15. Februar, dem diesjährigen Höchststande der Arbeitslosigkeit, von 6 Millionen auf 4,469 Millionen am 31. Juli gesunken. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging in der gleichen Zeit von 963.000 auf 394.000 zurück. In der Krisenfürsorge sank sie von 1,471 Millionen auf 1,252 Millionen und in der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge, in der Ende Februar 2,880 Millionen betreut wurden, waren es am 31. Juli nur noch 1,754. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen hat sich nach dieser Statistik um 1,900.000 vermindert.

Schläge auf leeren Magen

Das ist eine gewaltige Zahl, die in keinem Jahre vorher auch nur annähernd erreicht wurde. Sie ist kein Beweis für die Abnahme der Arbeitslosigkeit. Sie zeigt nur wie brutal das neue Regime die Unterstützung entzieht. Wenn in der letzten Zeit verschiedentlich mitgeteilt wurde, daß in Landgemeinden die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung einfach eingestellt wurde, weil jeder Arbeitslose während der Erntezeit Beschäftigung finden könne, so ist das nicht mehr eine auf das flache Land beschränkte Einzelmaßnahme. Dieser Entzug von Arbeitslosenunterstützung ist auf der ganzen Linie im Gang. Er beschränkt sich nicht auf die „staatsfeindlichen Elemente", denen man bei Arbeitslosigkeit grundsätzlich die Unterstützung verweigert. Er geht unter Mißachtung aller gesetzlichen Bestimmungen überhaupt dazu über, die Unterstützung als ein Gnadengeschenk zu betrachten, das man beliebig gewähren oder verweigern kann. Man will die Unterstützung vor allem beseitigen, weil und soweit sie die Arbeitslosen vor der Annahme unterbezahlter Arbeit abhält. So hat z. B. der Berliner Staatskommissar, der Nationalsozialist Lippert, angekündigt, daß alle unterstützten Arbeitslosen künftig schärfer als bisher auf ihren Arbeitswillen geprüft würden.

Die starke Verminderung der Zahl der unterstützten Arbeitslosen hat die öffentlichen Kassen stark belastet. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung verwendet noch nicht einmal die Hälfte ihrer Beitragseinnahmen für die Unterstützung. Auch die Krisenfürsorge hat geringere Ausgaben als im Vorjahre. Für die verbliebenen Arbeitslosen stände also eigentlich mehr Geld zur Verfügung als bisher. Die Unterstützung könnte erhöht und brauchte nicht vermindert zu werden. Statt dessen hat das Reich jetzt seine Beihilfe an die Gemeinden um 5 Millionen auf 65 Millionen für den Monat August gekürzt, für September und Oktober soll eine weitere Kürzung auf 60 Millionen erfolgen. Das Reich, das für Tausende neuer „Bonzen", für Flugzeuge, für viele andere militärische Dinge Geld in Ueberfluß hat, es will sparen. Die ersten Opfer, das sind die Arbeitslosen.

Papierne Tariflöhne

Diese Kürzung der Reichsbeihilfe an die Gemeinden für die Unterstützung der Arbeitslosen ist der Anfang einer großen Aktion, die nicht nur die öffentlichen Kassen entlasten will. Sie richtet sich ebenso gegen die arbeitenden, wie gegen die arbeitslosen Menschen. Seit Jahren jammern die Unternehmer, daß die Arbeitslosenunterstützung eine Prämie auf die Arbeitsscheu sei. Tarifverträge und Arbeitslosenunterstützung seien die Fesseln, an denen die deutsche Wirtschaft zugrunde gehe. Jetzt stehen die Unternehmer dicht vor der Erreichung ihres Ziels. Werden Hunderttausende von der Unterstützung ausgeschlossen, werden die Unterstützungssätze gekürzt, dann stehen die Tariflöhne nur noch auf dem Papier. Dann werden nicht nur die öffentlichen Kassen entlastet, und es können die Steuern der Unternehmer gesenkt werden, dann haben die Unternehmer auch die billigen Arbeitskräfte, mit denen sich ein hoher Profit erzielen läßt.

So sieht der Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit wirklich aus. Die öffentlichen Kassen sollen entlastet werden auf Kosten der Arbeitslosen, denen entweder die Unterstützung ganz entzogen oder erheblich gekürzt wird. Die Unternehmer sollen entlastet werden durch billigere Löhne, die man den hungernden Arbeitslosen auch dann aufzwingen kann, wenn das Schema des Tarifvertrages unangetastet bleibt.

Die empörte Zivilisation

Die Tschechoslowakische Republik hat dem Zionisten-Kongreß in ihrer Hauptstadt Prag gastliche Aufnahme gewährt. Hitler-Deutschland versucht nun, während der Sitzungsdauer einen Sturm national-sozialistisch-antisemitischer Haßpropaganda in der Tschechoslowakei zu entfachen. Der „Daily Herald" weist empört auf diese Einmischung in fremdstaatliche Angelegenheiten hin und schreibt: „Nicht nur Frankreich und England, sondern alle Nationen der Welt, die im Völkerbund vereint sind, müssen dafür sorgen, daß den Nazi-Verbrechern gegen die Zivilisation ein Ende gemacht wird."

So wird geblufft!

Die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" und die Praxis

Aus Holland schreibt uns ein Mitarbeiter:

Unter den Städten, die in den Hitlerschen Siegesbulletins als „von der Arbeitslosigkeit befreit" gemeldet wurden, befand sich auch Nordhorn, ein Ort von knapp 20.000 Einwohnern, mit bedeutender Textilindustrie, im Regierungsbezirk Osnabrück, 5 km von der holländischen Grenze gelegen. Aus Anlaß des großen Sieges über die Arbeitslosigkeit hatte sogar der Reichspräsident v. Hindenburg persönlich ein Glückwunschtelegramm an den Bürgermeister der Stadt gesandt.

Die Nähe des Ortes an der Grenze machte einige Holländer aus dem gegenüberliegenden Enschede neugierig, sich dieses Wunder einmal anzusehen. Sie kamen herüber, ließen sich alles zeigen und schildern, das Ergebnis ihrer Forschungen in unserem holländischen Bruderorgan „Het Volk" wie folgt:

„Noch jetzt laufen in Nordhorn beinahe 200 Personen herum, deren einzige Beschäftigung das Stempeln ist. Unbestreitbar ist diese Zahl kleiner als in den vergangenen Jahren. Aber außer diesen 200 sind noch gut weitere 200 bei dem Freiwilligen Arbeitsdienst eingeteilt. Sie beziehen dort außer dem Essen ein Einkommen von 1.80 Mark pro Woche. Diese Menschen schlafen in Baracken, arbeiten des morgens an Straßenverbesserungen, während von Mittag an „geturnt" wird . . .

Ferner sind auch noch Menschen bei verschiedenen Wasserbauarbeiten angestellt gegen eine Vergütung von 10 Mark die Woche.

Die Fabriken aber sind auf wirklich bluffartige Weise mit Neueinstellungen versehen. Es wird in Schichten gearbeitet. Aber die Arbeitszeit der Weber bei Nilhuis und Düting, der größten Textilfabrik am Ort, ist jetzt schon auf 35 Stunden pro Woche eingeschrumpft, während in 14 Tagen nur noch 24 Stunden gearbeitet werden soll. Da trotzdem die Stücklöhne nicht erhöht worden sind, so ist ganz deutlich, daß die Arbeiter durch diese Maßnahmen eine gewaltige Verminderung ihres Einkommens erleiden."

Der Bericht unseres holländischen Bruderblattes schließt mit der interessanten Feststellung, daß durch die geschilderten Maßnahmen Nordhorn wirklich ein paar Wochen lang ohne Arbeitslose gewesen sei. Alle waren irgendwie untergebracht. Als jedoch der Reklamebluff seine Wirkung getan hatte, wurde bereits nach kurzer Zeit wieder ein Teil entlassen.

Der enttäuschte Engländer

„Er sah gewöhnlich aus und schrie mich an!"

„Hitler schrie mich an . . ." So ist ein Aufsatz im „Daily Herald" überschrieben, in dem ein Experte des britischen Rundfunks seinen Besuch bei Adolf Hitler schildert. Der Interviewer — man spürt es seinen Worten an — wurde zweifellos ausgesandt mit der Weisung, den Kanzler des III. Reiches recht objektiv zu betrachten, denn Objektivität verlangt der englische Hörer vor allem.

Da kam er nun an, der sachliche Engländer, und fand Herrn Hitler in seinem „bequemen Arbeitszimmer sitzend" vor einem großen Schreibtisch im Mussolinigeschmack mit einer umfangreichen Blumenvase daneben, die Mussolini zweifellos „als weibisch verwerfen würde." — Der Interviewer saß in einer Ecke, neben ihm ein Beamter des Auswärtigen Amtes, der den Gast kontrollieren und neben diesem einer vom Nazi-Generalstab, der den Beamten vom Auswärtigen Amt und den Gast kontrollieren sollte.

In Hitler fand der Engländer einen „gewöhnlich aussehenden Mann mit großen braunen Augen, etwas volleren Wangen, als er erwartet hatte und einem Schnurrbart, größer als sonst, so daß es nicht mehr möglich ist, den Kanzler mit Charlie Chaplin zu vergleichen." Der Interviewer bekennt, daß er noch immer nicht begreift, warum mancher Deutsche in Deutschland, von Hitler spricht, als sei er ein Halbgott.

Dann aber begann der Kanzler zu sprechen, und jetzt lief es dem Engländer kalt überm Rücken:

„Die Augen auf eine unsichtbare Menge gerichtet, schrie er mit mißtönender Stimme, so daß ich beinahe erwartete, seine Sekretäre würden hereinrennen, um mich zu verhaften . . . Als der Kanzler sprach, schien er Stimmen zu hören wie Jeanne d'Arc. Er zollte uns so wenig Aufmerksamkeit, daß ich fest überzeugt bin, er hätte es nicht einmal bemerkt, wenn wir aufgestanden wären und den Raum verlassen hätten."

Mit anderen, etwas deutlicheren Worten: Hitler gebärdete sich wie ein Wilder. Und in der Tat war der Interviewer derart verwirrt, daß die Worte an ihm abglitten. Er meint, an ein Interview mit Lord Northcliffe, an eines mit Mussolini habe er klare Erinnerungen, die bis in alle Einzelheiten reichen, aber von Herrn Hitler habe er nur einen „vagen Eindruck" empfangen.

Der Engländer wundert sich darüber — wir wundern uns nicht. Hitler selber ist von oben bis unten nichts als ein „vager Eindruck", eine rasselose Minuspersönlichkeit. Alle, die je in seiner Nähe weilten, ohne vom Hakenkreuzrausch besessen zu sein, schildern ihn als einen unentschlossenen, von allerlei Stimmungen abhängigen, maßlos eitlen Schwächling. Eines Tages, wenn der Phrasenrausch verflogen und die Lüge von nationaler Erneuerung zerplatzt ist, wird sich die Geschichte des „gewöhnlich aussehenden Mannes" nur noch dunkel erinnern, sein Bild wird in einem blutigen, ekelerregenden Nebel verschwimmen.

Gesellschaftsspiel

Jeder sein eigener Zuchtwart.

Der Rassefimmel greift im Dritten Reiche derart um sich, daß selbst der Ober-Zuchtwart sich die blonden Haare rauft. Amateure beginnen eigene Zuchtprüfungsinstitute zu eröffnen und blondgelockte Frauen auf ihre Reinblütigkeit hin zu betatzen, begeisterte Zuchtjünger überschwemmen die gleichgeschaltete Presse mit den blödesten Erzeugnissen ihrer antisemitischen Phantasie. Schon werden amtliche Notschreie laut wie diese:

Erstens: es wird amtlich mitgeteilt, daß die Gründung privater Rasseämter verboten ist.

Zweitens: der Leiter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege schreibt:

„In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen einzelne Zeitungen in dem an sich begrüßenswerten Bestreben, zur rassenbiologischen Erziehung unseres Volkes beizutragen, Bücher über einschlägige Fragen durch Besprechung fördern oder Aufsätze unbekannter Verfasser veröffentlichen, die aus Absicht oder Ungeschick die bevölkerungspolitische und rassenbiologische Arbeit stören und die Ansichten der Bevölkerung verwirren. In der Mehrzahl sind solche bedauerlichen Veröffentlichungen auf mangelnde Sachkenntnis der Schriftleitungen zurückzuführen. Es wird deshalb vor solchen kritiklosen Veröffentlichungen gewarnt und im eigenen Interesse der Zeitungen dringendst empfohlen, in Zweifelsfällen vor der Veröffentlichung solcher Artikel beim Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege in Berlin anzufragen

Das neueste Gesellschaftsspiel: „Meine Rasse, Deine Rasse"! Da werden wohl alle Proteste nichts nützen. Wenn eine Meute verrückt geworden ist, folgt sie eigenen Gesetzen.

Die Dummheit regiert

Im deutschen Rundfunk konnte man dieser Tage wieder einen Naziprofessor von den Jahrhunderten reden hören, die das Hakenkreuz brauchen würde, um „seine Mission" zu erfüllen. Einst versprachen diese Burschen alles sofort, seit sie an der Macht sind, werden die Erfüllungstermine in die Ewigkeit verschoben. Einst dachte sie zeitlich zu beschränkt, jetzt denken sie zu sehr in Jahrhunderten. Einst konnten sie nichts geschichtlich würdigen, jetzt können sie nur noch geschichtlich denken. Wenn Lügner mit der Gegenwart nicht mehr fertig werden, dann bandeln sie mit der Ewigkeit an.

*

In der gleichgeschalteten Presse erscheinen riesige Inserate, mit denen sich die

Kaufhof-Aktien-Gesellschaft,
früher Tietz,

empfiehlt und ihre 95-Pfennig-Artikel anpreist. Also, die Kaufhäuser sind in Deutschland wirklich abgeschafft — sie heißen jetzt „Kaufhöfe"?! Ob sich der geprellte Mittelstand, dem man einen Vernichtungskampf gegen alle Warenhäuser versprach, mit dieser Umtaufung zufrieden geben wird, scheint fraglich. „Haus" oder „Hof" — die Konkurrenz bleibt die gleiche. Der Unterschied besteht nur darin, daß hinter der geänderten Fassade einige braune Nazibonzen als „Aufsichtsräte" oder Aktionäre an dem einst verfluchten Rebbach beteiligt sind.

*

Im nationalsozialistischen Organ „Der Führer" (vom 13. August) wird triumphierend aus Remscheid berichtet:

„Sämtlichen Arbeitern der Müllabfuhr und der Straßenreinigung, die früher Mitglied der RGO. oder der KPD. waren und nicht die Gewähr für eine einwandfreie Arbeit im nationalen Staat bildeten, ist gekündigt worden. Die freigewordenen Stellen werden mit geeigneten Arbeitern aus den nationalen Verbänden besetzt werden."

Wer zweifelt nun daran, daß nach dieser grundlegenden Reform im Dritten Reich eine Periode vollster Sauberkeit eintreten wird?

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.
Druck: „Graphia". Karlsbad.
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.